



CDU-FRAKTION  
LANDSCHAFTSVERSAMMLUNG  
RHEINLAND



Die SPD-Fraktion in der  
Landschaftsversammlung  
Rheinland

## Antrag-Nr. 14/43

öffentlich

**Datum:** 02.03.2015  
**Antragsteller:** CDU, SPD

<b>Gesundheitsausschuss</b>	<b>13.03.2015</b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Schulausschuss</b>	<b>17.03.2015</b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Landesjugendhilfeausschuss</b>	<b>19.03.2015</b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Ausschuss für den LVR- Verbund Heilpädagogischer Hilfen</b>	<b>20.03.2015</b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Ausschuss für Inklusion</b>	<b>23.03.2015</b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Sozialausschuss</b>	<b>24.03.2015</b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung</b>	<b>16.04.2015</b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Finanz- und Wirtschaftsausschuss</b>	<b>17.04.2015</b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Landschaftsausschuss</b>	<b>22.04.2015</b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Landschaftsversammlung</b>	<b>28.04.2015</b>	<b>Beschluss</b>

Tagesordnungspunkt:

**Haushalt 2015/16;  
Situation der Menschen im freiwilligen Dienst (FSJ/Bufdis) in LVR-Einrichtungen  
verbessern**

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird aufgefordert, ein Modell zu entwickeln, damit Menschen mit Behinderung notwendige Unterstützungen erhalten und in die Lage versetzt werden, eine Tätigkeit im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes/FSJ aufzunehmen.

Darüber hinaus sollen Gespräche mit den Trägern der freiwilligen Dienste aufgenommen werden mit dem Ziel, möglichst eine einheitliche Vergütung in allen LVR-Einrichtungen für die Menschen in den freiwilligen Diensten zu erreichen.

Über das Ergebnis dieser Gespräche ist den Gremien zu berichten.

Des Weiteren soll - nach Möglichkeit ebenfalls mit den Trägern - ein Modell entwickelt werden, wonach den betroffenen MitarbeiterInnen eine Erstattung der Fahrtkosten ermöglicht wird.

#### Begründung:

SPD und CDU wollen, dass der Bundesfreiwilligendienst für Menschen mit Behinderung geöffnet wird. Der Bundesfreiwilligendienst stellt für junge Menschen vielfach eine Möglichkeit dar, vor Einstieg in einen Beruf, sich selbst zu erproben und Tätigkeitsfelder im sozialen Bereich kennen zu lernen. Insofern kann der Bundesfreiwilligendienst auch ein Angebot an junge Menschen zur Berufsfindung sein.

Vielfach benötigen junge Menschen mit Behinderung jedoch eine Hilfestellung, um im Bundesfreiwilligendienst tätig werden zu können. Dies können z. B. eine begleitende Arbeitsassistenz oder das Angebot eines entsprechenden Fahrdienstes sein, um den Arbeitsort erreichen zu können. Solche und andere begleitenden Hilfen sind im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes seitens der Bundesregierung nicht vorgesehen.

SPD und CDU bitten die Verwaltung zu prüfen, ob über das Integrationsamt personenbezogene, individuelle Unterstützungsleistungen für Menschen mit Behinderung angeboten werden können, damit diese in die Lage versetzt werden, einen Bundesfreiwilligendienst aufzunehmen.